

Unbeirrbarer Freihändler- Die WTO nach dem 11. September

Obwohl immer mehr Zweifel aufkommen, ob die für den 9.-13. November geplante Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in dem Ölscheichtum Katar überhaupt stattfinden wird, laufen die offiziellen Vorbereitungen unbeirrt weiter. Erschien der entlegene Tagungsort am Persischen Golf zunächst noch ideal, um lästige Massendemonstrationen, wie sie die letzte Ministerkonferenz in Seattle geprägt hatten, hinter sich zu lassen, so verwandelt er sich nach den Terroranschlägen von New York und Washington und dem erwarteten US-Angriff auf Afghanistan in ein erhebliches Sicherheitsrisiko. „Man kann nicht erwarten, dass das Pentagon seine Aktionen im Mittleren Osten für eine Woche im November aussetzt, nur weil die WTO sich dort versammeln will“, so die Sorge eines Handelsdiplomaten. Dennoch beteuerten der US-Handelsbeauftragte Zoellick, EU-Handelskommissar Lamy und WTO-Chef Moore, dass das Treffen stattfinden und eine neue Liberalisierungsrunde eingeläutet werden solle. Alle drei unterstreichen überdies die große Bedeutung, die der WTO angesichts der nun drohenden weltweiten Rezession zukomme, denn nur ein offenes Welthandelssystem, das protektionistischen Tendenzen entgegenwirke, könne einem Kollaps der Weltwirtschaft entgegenwirken.

Den Terror mit Handel bekämpfen

Der US-Handelsbeauftragte bezeichnete eine aggressive Freihandelspolitik gar als wichtigen Teil der „Gegenoffensive“ zur Bekämpfung des Terrorismus. Er nutzte überdies die Gunst der Stunde und drängte den US-amerikanischen Kongress, dem Präsidenten die lange verweigerte „fast track“-Verhandlungsvollmacht zu erteilen, welche dem Kongress die Möglichkeit nehmen würde, die Änderung einmal ausgehandelter Handelsabkommen einzufordern. Durch die Gewährung von „fast track“ könnte das Parlament Handelsverträgen nur noch zustimmen oder sie komplett ablehnen, was den Spielraum des Präsidenten erheblich erweitern würde. Auch EU-Handelskommissar Pascal Lamy behauptet, dass eine neue Welthandelsrunde helfen würde, die weltweite Armut und den Terrorismus zu bekämpfen. Gegenüber denjenigen Entwicklungsländern, welche noch immer Vorbehalte äußern, lässt Lamy die Muskeln spielen. Bei seinem kürzlichen Besuch in Kenia machte er deutlich, dass Entwicklungsländer nur bei Zustimmung zur neuen Runde „ihre Handelsinteressen durchsetzen und größeren Zugang zu den Absatzmärkten der Industrieländer für ihre Agrarexporte sichern können“. Lamy ging aber noch weiter: Nur in einer neuen Runde würden die Hürden des geistigen Eigentums ausgeräumt, welche die Bekämpfung der Aids-Epidemie behindern. Damit verweist er auf die bisher unerfüllte Forderung nach Veränderung des Abkommens zum geistigen Eigentum TRIPS, von der sich viele Entwicklungsländer einen erleichterten Zugang zu patentgeschützten lebensnotwendigen Medikamenten versprechen. Für die arme Bevölkerungsmehrheit in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind die patentierten Medikamente der Pharmamultis häufig unerschwinglich.

Auch die Industrie versucht, das geplante WTO-Spektakel zu retten. Die Internationale Handelskammer ICC ließ verlauten, dass der Verzicht auf die Konferenz den Terroristen in die Hände spielen würde, die die Weltwirtschaft destabilisieren und in die Rezession stürzen wollten. Ihnen diesen Gefallen nicht zu tun, sei „das Mindeste was die weltweite Unternehmerschaft für deren Opfer tun kann“. Einflussreiche Presseorgane wie die Financial Times sekundieren. Deren Kolumnist Martin Wolf schrieb, dass sich durch die Tragödie die Chancen für eine neue Runde deutlich verbessert hätten und auch den GlobalisierungskritikerInnen kein Gehör mehr geschenkt werden brauche: „Die Anti-

Globalisierer werden zetern. Lasst sie. Die Zeit, ihren Mätzchen mehr als flüchtige Aufmerksamkeit zu schenken, ist vorbei. Die Protestierer lagen immer falsch in ihrer Gegnerschaft zur Handelsliberalisierung. Jetzt ist es an der Zeit, dass Politiker in aller Welt diesen gefährlichen Obskurantismus zurückweisen. Vor uns liegt ein langer Kampf. Wir werden nie wissen, ob wir gewonnen haben. Sicher ist aber, wenn dies ein Krieg ist, wird die Heimatfront tief darin involviert sein.“

Schmerzhaftes Umstrukturierungen durch Chinas WTO-Beitritt

Während so und ähnlich den GlobalisierungskritikerInnen der Wind wieder stärker entgegenbläst, laufen wichtige Prozesse in der WTO unverändert weiter. Dabei kann die Organisation mit den am 17. September abgeschlossenen 15jährigen Verhandlungen zum Beitritt Chinas ihren bisher größten Erfolg verbuchen. Der 900seitige Beitrittstext muss nur noch formal durch die WTO-Mitglieder abgesegnet werden und 90 Tage nach der chinesischen Ratifizierung wird der Beitritt vollzogen. Bezeichnend für die Interessenpolitik bei den Verhandlungen ist eine der letzten Hürden für den Abschluss der Gespräche. Der US-Versicherungsgigant American International Group AIG forderte, dass die von seinen chinesischen Niederlassungen geplanten Zweigstellen im 100prozentigen Besitz des Konzerns verbleiben sollten. Die US-Regierung nahm sich dieser Forderung an, welche postwendend durch die EU blockiert wurde. Solange dieses Zugeständnis nicht auch auf europäische Lebensversicherer, namentlich die deutsche Allianz und das französische Unternehmen Axa, ausgeweitet würde, könnte die EU nicht zustimmen. Die salomonische Lösung in dem revidierten Vertrag lautet, dass alle Zugeständnisse für Zweigstellen automatisch auf sämtliche Mitglieder ausgedehnt werden. Folge dieses Deals ist, dass die schon auf dem chinesischen Markt vertretenen Konzerne Handelsvorteile gegenüber allen neuen Anbietern genießen.

Beobachter erwarten, dass sich die Machtbalance innerhalb der WTO durch den chinesischen Beitritt zugunsten der Entwicklungsländer verschieben dürfte. China repräsentiert die fünftgrößte Handelsnation nach den USA, der EU, Japan und Kanada. Andererseits befürchten viele Entwicklungsländer aber auch Exporteinbußen, da sich die Nachfrage der Industrieländer nach arbeitsintensiven Gütern auf die billigeren chinesischen Anbieter verlagern könnte. Auch treibt sie die Sorge um, dass die begehrten ausländischen Direktinvestitionen in noch stärkerem Maße an anderen Ländern vorbei nach China fließen werden. Die einschneidendsten Veränderungen werden jedoch im Lande selbst erwartet. Der Abbau der Handelsbarrieren wird nicht nur einen verstärkten Zustrom an Industriegütern und Dienstleistungen nach sich ziehen, sondern auch an billigeren, mitunter subventionierten Agrarprodukten. Die schon jetzt dramatische Arbeitslosigkeit unter der verarmten Landbevölkerung Chinas, welche viele Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwang, wird durch die ausländische Konkurrenz noch zunehmen. Der chinesische Verhandlungsführer Long Yongtu räumte ein, dass der verschärfte Wettbewerb das Einkommensgefälle zwischen den wohlhabenderen Küstenregionen und dem Binnenland noch verstärken werde. Yongtu stimmte seine Landsleute daher vorsorglich auf „viele schmerzhaftes Umstrukturierungen“ ein.

Thomas Fritz

Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung – BLUE 21

erschieden im Attac-Rundbrief 2/01, 4.10.01